

## **Antrag**

**der Abg. Gernot Gruber u. a. SPD**

**und**

## **Stellungnahme**

**des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft**

### **Klimaschutz: CO<sub>2</sub>-Reduktion in Deutschland und in Baden-Württemberg**

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,

1. wie viel CO<sub>2</sub> in Deutschland von 1990 bis 2018 in Tonnen und in Prozent Jahr für Jahr nach ihrer Kenntnis eingespart wurde;
2. wie viel CO<sub>2</sub> in Baden-Württemberg von 1990 bis 2018 in Tonnen und in Prozent Jahr für Jahr eingespart wurde;
3. welche CO<sub>2</sub>-Einsparziele die jeweiligen Landesregierungen für Baden-Württemberg wann beschlossen haben;
4. welche Informationen und Zahlen es zur persönlichen bzw. durchschnittlichen Pro-Kopf CO<sub>2</sub>-Bilanz eines in Baden-Württemberg lebenden Menschen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland gibt;
5. welches CO<sub>2</sub>-Einsparziel für Baden-Württemberg die Landesregierung für erforderlich hält, damit der Bund das Einsparziel von 55 Prozent für 2030 erreichen kann;
6. welches die wesentlichen Gründe dafür sind, dass die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 im Land so deutlich hinter der Reduzierung auf Bundesebene liegt und wie sich diese Gründe im Einzelnen darstellen und niederschlagen (Atomausstieg, Verkehr, Gebäudeheizungen, etc.).

10. 04. 2019

Gruber, Fink, Rolland, Gall, Weber SPD

Eingegangen: 10.04.2019/Ausgegeben: 14.05.2019

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet  
abrufbar unter: [www.landtag-bw.de/Dokumente](http://www.landtag-bw.de/Dokumente)*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

## Begründung

Klimaschutz und die Einsparung von CO<sub>2</sub> bzw. von Treibhausgasen in CO<sub>2</sub>-Äquivalenten sind große Herausforderungen für alle politischen Ebenen und jede und jeden Einzelnen. Daraus ergeben sich für alle Bundesländer spezifische Anforderungen an klimapolitische Anstrengungen.

## Stellungnahme

Mit Schreiben vom 6. Mai 2019 Nr. 2-4500.2/611 nimmt das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft im Einvernehmen mit dem Ministerium für Verkehr zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen  
zu berichten,*

## Vorbemerkung

In einzelnen Fragestellungen des vorliegenden Antrags werden Auskünfte zu den Kohlenstoffdioxid-Emissionen (CO<sub>2</sub>) erbeten. Die geltenden Klimaschutzregelungen wie auch politische Zielvorgaben beziehen sich dagegen zumeist auf die Treibhausgas-Emissionen insgesamt. Die Statistikbehörden auf Bundes- und Landesebene erheben die Emissionen der Treibhausgase Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>), Methan (CH<sub>4</sub>) und Lachgas (N<sub>2</sub>O). Um eine Korrelation zu gewährleisten, sind in den Antworten die Treibhausgas-Emissionen als CO<sub>2</sub>-Äquivalente genannt.

*1. wie viel CO<sub>2</sub> in Deutschland von 1990 bis 2018 in Tonnen und in Prozent Jahr für Jahr nach ihrer Kenntnis eingespart wurde;*

Nach Angaben des Umweltbundesamtes (UBA) sind die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland von rd. 1.251 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub><sub>equ</sub> im Jahr 1990 auf rd. 907 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub><sub>equ</sub> im Jahr 2017 gesunken. Dies entspricht einem Rückgang um rd. 28 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass beim verhältnismäßig starken Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen auf Bundesebene die wirtschaftliche Umstrukturierung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zu Buche schlägt (siehe Antwort auf Frage 6). Eine jährliche Aufschlüsselung der erfassten Emissionsdaten ist auf den Internetseiten des Umweltbundesamtes eingestellt (<https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#textpart-1> bzw. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/treibhausgas-emissionen>).

Einer vorliegenden Prognose des UBA zufolge, sind die Treibhausgas-Emissionen 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent zurückgegangen (<https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/klimabilanz-2018-45-prozent-weniger>).

*2. wie viel CO<sub>2</sub> in Baden-Württemberg von 1990 bis 2018 in Tonnen und in Prozent Jahr für Jahr eingespart wurde;*

Nach noch vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes sind die Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg von rd. 89 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub><sub>equ</sub> im Jahr 1990 auf rd. 79 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub><sub>equ</sub> im Jahr 2017 zurückgegangen. Dies entspricht einer Minderung um rund 11 Prozent. Die jährlichen Emissionsdaten für den Zeitraum 1990 bis 2017 sind auf den Internetseiten des Statistischen Landesamtes eingestellt: (<https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Luft/Treibhausgase.jsp>). Die Emissionsdaten für 2018 liegen dem Statistischen Landesamt noch nicht vor, auch nicht als Prognose.

*3. welche CO<sub>2</sub>-Einsparziele die jeweiligen Landesregierungen für Baden-Württemberg wann beschlossen haben;*

Am 17. Juli 2013 wurde unter der seinerzeit von Bündnis 90/Die Grünen und SPD geführten Landesregierung im Landtag das „Gesetz zur Förderung des Klimaschutz in Baden-Württemberg“ beschlossen. Nach dem darin enthaltenen Klimaschutzziel Baden-Württemberg soll die Gesamtsumme der Treibhausgas-Emissionen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden. Bis zum Jahr 2050 wird eine Minderung um 90 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 angestrebt (§ 4 Absatz 1 Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg).

Im Zuge der derzeitigen Novellierung des Klimaschutzgesetzes ist die Verankerung eines Ziels zur Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 42 Prozent bis zum Jahr 2030 in der Diskussion.

Bereits zuvor und auch noch vor der Atomreaktorkatastrophe in Fukushima (Japan) im März 2011 hatte sich die Landesregierung bereits Zielmarken beim Klimaschutz gesetzt. Nach dem „Klimaschutzkonzept 2020PLUS Baden-Württemberg“ vom 22. März 2011 sollten die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 80 Prozent jeweils gegenüber 1990 vermindert werden. Den seinerzeit angenommenen Vorausberechnungen wurde ein jährlich linearer Reduktionspfad zugrunde gelegt. Nach dem darauffolgenden Atomausstieg in Deutschland wurden diese Zielmarken im Zuge der Erarbeitung des Klimaschutzgesetzes und an die veränderte Ausgangslage angepasst und fortgeschrieben.

*4. welche Informationen und Zahlen es zur persönlichen bzw. durchschnittlichen Pro-Kopf CO<sub>2</sub>-Bilanz eines in Baden-Württemberg lebenden Menschen im Vergleich zum Durchschnitt in Deutschland gibt;*

Die durchschnittlichen Treibhausgas-Emissionen lagen nach Angaben des Statistischen Landesamtes im Jahr 2017 mit 7,1 Tonnen CO<sub>2</sub><sup>equ</sup> je Einwohnerin/Einwohner in Baden-Württemberg deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 10,8 Tonnen CO<sub>2</sub><sup>equ</sup>. Im Vergleich zu 1990 konnten die pro Kopf-Emissionen in Baden-Württemberg um ca. 21 Prozent reduziert werden (Deutschland: Rückgang um 31 Prozent gegenüber 1990).

*5. welches CO<sub>2</sub>-Einsparziel für Baden-Württemberg die Landesregierung für erforderlich hält, damit der Bund das Einsparziel von 55 Prozent für 2030 erreichen kann;*

Bei der Ableitung von Klimaschutzzielen orientiert sich das Land an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens sowie insbesondere an den Klimaschutzzielen und Maßnahmen auf Bundes- und EU-Ebene, da diese die wesentlichen Rahmenbedingungen für den Klimaschutz im Land setzen. Potenzielle Wirkungsbeiträge dieser Ebenen werden bei der Zielableitung berücksichtigt.

Die Bundesregierung hat mit dem Energiekonzept aus dem Jahr 2010 einen Zielpfad festgelegt, der bis 2030 eine Treibhausgasreduzierung um 55 Prozent vorsieht. Für 2050 agiert das Energiekonzept mit einer Bandbreite von –80 bis –95 Prozent. Die Bundesregierung hat sich mit dem Klimaschutzplan 2050, der im November 2016 vom Kabinett beschlossen wurde, zum Ziel der Treibhausgasneutralität bis Mitte des Jahrhunderts bekannt, ohne jedoch das Ziel für 2050 explizit auf „Netto-Null-Emissionen“ festzulegen. Für das Jahr 2030 legt der Klimaschutzplan 2050 ein Klimaschutzziel von 55 Prozent weniger Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 fest und nimmt erstmals eine konkrete Aufteilung des Ziels auf die einzelnen Sektoren Energiewirtschaft, Gebäude, Verkehr, Industrie und Landwirtschaft vor.

Die Ableitung der regionalen Klimaschutzziele für Baden-Württemberg folgt einem top-down-Ansatz unter Berücksichtigung der Wirkungsbeiträge durch die verschiedenen Entscheidungsebenen. Fachliche Grundlage sind neben dem langfristigen gesetzlichen Ziel im Land (90 Prozent Minderung bis zum Jahr 2050 gegenüber 1990) das internationale und nationale Zieltabelleau sowie die Rahmenbedingungen, Strukturen und Entwicklungen im Land. Als wissenschaftliche Grundlage für einen

gesetzlichen Zielvorschlag hat das Umweltministerium ein Forschungsvorhaben auf den Weg gebracht: „Energie- und Klimaschutzziele 2030“ ([https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4\\_Klima/Klimaschutz/170928\\_Endbericht\\_Energie- und Klimaschutzziele\\_2030.pdf](https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/4_Klima/Klimaschutz/170928_Endbericht_Energie- und Klimaschutzziele_2030.pdf)). Die Forscherinnen und Forscher haben unter Berücksichtigung der internationalen und nationalen Rahmenbedingungen ebenso wie landesspezifischer Strukturen und Besonderheiten alle treibhausgasrelevanten Sektoren betrachtet und auf Basis einer sektorenübergreifenden integrierten Analyse ambitionierte, aber gleichzeitig machbare Minderungsziele für das Jahr 2030 entwickelt. Hierzu wurde ein normatives Szenario erarbeitet, das, ausgehend von der angestrebten Minderung um 90 Prozent bis 2050, die notwendigen Minderungen in allen Bereichen für 2030 aufzeigt. Dabei fließen sektorspezifische Potenzialanalysen ebenso ein wie die zu erwartenden Technologieentwicklungen unter Berücksichtigung von zeitlichen Umsetzungsrestriktionen.

Um das Minderungsziel von minus 90 Prozent bis 2050 gegenüber dem Stand von 1990 im Land zu erreichen, ist unter Berücksichtigung der Wirkungsbeiträge von EU und Bund in Baden-Württemberg eine Minderung der Treibhausgasemissionen um mindestens 42 Prozent bis zum Jahr 2030 gegenüber 1990 notwendig. Dabei werden die spezifischen Strukturen des Landes, die Ausgangssituation und die Entwicklungen in den jeweiligen Sektoren berücksichtigt, weshalb ein direkter Vergleich der Prozentsätze im Bund und in den Ländern nicht sachgerecht ist (vgl. auch Stellungnahme zu Frage 6).

Insgesamt jedoch ist das Ambitionsniveau des Klimaschutzziels von mindestens 42 Prozent Minderung bis 2030 in Baden-Württemberg vergleichbar mit dem Ambitionsniveau von minus 55 Prozent bis 2030 auf Bundesebene.

*6. welches die wesentlichen Gründe dafür sind, dass die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1990 im Land so deutlich hinter der Reduzierung auf Bundesebene liegt und wie sich diese Gründe im Einzelnen darstellen und niederschlagen (Atomausstieg, Verkehr, Gebäudeheizungen, etc.).*

Bezugnehmend auf die Stellungnahme zu Frage 5 ist ein nominaler Vergleich der Minderungsentwicklungen insgesamt und in den einzelnen Sektoren aufgrund der unterschiedlichen regionalen Ausgangslagen und Entwicklungen fachlich nicht sachgerecht.

Ein wesentlicher Faktor für erhebliche Emissionsminderungen auf Bundesebene bezogen auf das Ausgangsjahr 1990 war die Wiedervereinigung und der darauffolgende Zusammenbruch sehr emissionsintensiver Industrien ebenso wie breit angelegte Sanierungsprojekte in den östlichen Bundesländern. Vergleichbare strukturwandelbedingte Minderungseffekte waren in Baden-Württemberg nicht zu verzeichnen. Die durch die Wiedervereinigung ausgelösten CO<sub>2</sub>-Minderungsbeiträge wirken sich nur auf den bundesweiten Minderungspfad aus, nicht jedoch auf die Emissionsentwicklung in Baden-Württemberg. Hinzu kommen zentrale Unterschiede in den Strukturen auf Bundesebene und im Land. Dies betrifft einerseits die Energiewirtschaft: Baden-Württemberg hat vergleichsweise hohe Kernenergieanteile an der Stromversorgung, aber keine Braunkohlekraftwerke, sondern zwei der modernsten Steinkohlekraftwerke. Diese sind im Vergleich mit dem bundesweiten Steinkohlekraftwerkspark noch relativ neu, daher emissionsärmer und werden in KWK betrieben. Weiterhin zeigen sich strukturelle Unterschiede in der Industrie: Baden-Württemberg weist verglichen mit dem Bund einen geringeren Anteil an Schwerindustrie auf. Andererseits sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor im Südwesten trotz aller Anstrengungen für Klimaschutz und einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Verkehrspolitik im Land stärker gestiegen als im bundesweiten Durchschnitt.

Gründe für die Verfehlung der Klimaschutzziele im Verkehrssektor liegen u. a. in der fehlenden Umsetzung hochwirksamer Maßnahmen im Land wie auch auf Ebene des Bundes und der EU. Finanzielle Fehlanreize und wirtschaftliche Rahmenbedingungen unterstützen den Trend hin zu größeren Autos, einer Zunahme des Pkw-Bestands und mehr Pendelverkehr. Starkes Wachstum im Luft- sowie im

Güterverkehr tragen ebenfalls zum steigenden CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei. Technologisch erzielte Einsparungen wurden dadurch nahezu kompensiert. Gleichzeitig greifen die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte der EU nur langsam und sind weniger ambitioniert als erforderlich und technisch möglich.

Eine ausführliche Bewertung der Entwicklungen auf Landesebene findet sich im Monitoring-Bericht zum Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg, LT-Drs. 16/2695, sowie im darauf folgenden 3. Monitoring-Kurzbericht auf der Homepage des Umweltministeriums: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/klima/klimaschutz-in-baden-wuerttemberg/integriertes-energie-und-klimaschutzkonzept/> unter dem Stichwort Monitoring der Klimaschutzziele und der Umsetzung des IEKK.

Untersteller

Minister für Umwelt,  
Klima und Energiewirtschaft